



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/286 - 14. Dezember 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

MdB Ritzel: Betrachtungen zum Bundeshaushalt 1958	S. 1
Dunkle Geschichten aus Italien	S. 4
Wann endlich Jugendarbeitsschutz?	S. 6
Leserzuschrift	S. 7
Anhang: Kommuniqué von der Sitzung des Parteivorstandes der SPD am 13.12.1957	

Die Verantwortung der CDU

Von H.G. Ritzel, MdB

Die Vorbereitungen zur Aufstellung des Bundeshaushalts 1958 liefen in den einzelnen Ressorts der Bundesregierung bereits im Sommer dieses Jahres an. Unter normalen Umständen wäre die Bundesregierung in der Lage gewesen, den Entwurf des Haushaltsplans 1958 einigermaßen fristgerecht vorzulegen. Die Regierungsneubildung hat die Weiterführung der Arbeiten ebenso verzögert, wie die Umstellung der Haushalts- und Finanzpolitik an sich. Bundesfinanzminister Etzel will die Linie seines Vorgängers Schäffer verlassen. Seine Absichten, Steuergeschenke zu machen, musste er unter dem Druck politischer Tatsachen bereits revidieren. Noch weiss das Bundeskabinett nicht, wie der Etat in einzelnen und in ganzen aussehen wird. Eine schuldhafte Verzögerung ist nicht mehr zu bestreiten. Die gesetzlichen Bestimmungen, wonach am 1. April 1958 ein fertiger Etat in Kraft treten soll, werden ebenso verletzt, wie schwerwiegende Interessen des Bundes, der Länder und Gemeinden.

Während im Vorjahr der Haushaltsplanentwurf vom Bundeskabinett am 9. November festgestellt wurde, ist bis heute - also Mitte Dezember - noch keine Feststellung erfolgt und nach Lage der Sache wird die Bundesregierung voraussichtlich frühestens Ende Januar, Anfang Februar zur Feststellung des Haushalts kommen. Im Vorjahr konnte der Etatentwurf am 30. November im ersten Durchgang dem Bundestag vorgelegt werden und am 12. Dezember 1956 begann die erste Beratung im Bundestag. Dieses Mal wird es etwa März werden, bis der Bundesfinanzminister

Etzel in der Lage sein wird, vor dem Bundestag seinen Haushaltsplan zu begründen. Die unvermeidliche Wirkung wird eine sehr bedauerliche Verzögerung der Haushalte der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände sein, wenn diese in ihren Abschlussziffern nicht mit lediglich angenommenen Zahlen arbeiten wollen.

Zum voraussichtlichen Inhalt des Haushaltsplans kann heute nur gesagt werden, dass sich sein Volumen gegenüber 1957 kaum verringern, sondern eher die bisherigen 37,4 Md noch übersteigen wird. Der so oft und so leichtfertig erhobenen Forderung, der Bundeshaushalt möge am Rande des Defizits wandeln, wird, wie zu befürchten ist, in Überreichem Masse entsprochen werden. Selbst bei einer optimistischen Steuererwartung, jedoch unter der Voraussetzung neuer Steuern, werden kaum mehr als 34,5 Md an Steuereinnahmen zu erwarten sein, die lediglich in einer Abschlussziffer eine Verbesserung aus dem Ertrag verspäteter Veranlagungen zu erwarten haben.

Die Deckungslücke, für die bis heute noch keine bestimmten Begriffe vorliegen, dürfte sich um 3 Md herum bewegen. Da in den Anforderungen zwangsläufig Mehrausgaben enthalten sind, die sich auf gesetzliche Beschlüsse gründen (Gemeinsamer Markt, Euratom, Sozialausgaben, Versorgungsausgaben, ziviler Bevölkerungsschutz etc.), wird die Einhaltung des Platonds grosse Abstriche bei anderen Ausgaben nötig machen. Diese Abstriche werden das Kernstück des politischen Ringens bilden, das von den Parteien des Bundestages bei Begründung des Haushalts vorgenommen werden wird. Die grosse Besorgnis gipfelt in der Befürchtung, dass die Regierungsmehrheit nicht dort Abstriche macht, wo es am ehesten zu vertreten wäre, nämlich im Wehrhaushalt, sondern bei sozialen Ausgaben, bei Ausgaben für die Forschung, für den Strassenbau, bei der Wiedergutmachung und beim zivilen Bevölkerungsschutz.

Das Wort des Bundesfinanzministers a.D. Fritz Schäffer, das dieser nicht für seine Person, sondern für die Bundesregierung gegeben hat, gilt nicht mehr. Schon spricht man ungeniert von einer Erhöhung des Verteidigungshaushaltes von 9 Md auf 10 Md und schon weiss man von noch grösseren Anforderungen zu sprechen, für die ohne die -3-

Erschliessung neuer Steuereinzahmen keine Deckung vorhanden ist. Dabei ist von einem auf die Finanzbelastung des Bundes zukommenden, wenn auch vom Standpunkt der Heimatverteidigung aus sinnlosen Raketenprogramm noch keine Rede. Nach den Plänen des Verteidigungsministers würden bis einschliesslich Rechnungsjahr 1960 ohne ein "Raketenprogramm" um 50 Md aufzubringen sein. Daraus ergibt sich allein schon die drohende Erhöhung des Jahresaufwandes weit über neun Md pro Jahr. Darüberhinaus kommt nun wahrscheinlich noch auf Kosten des Bundes ein "Raketenprogramm" hinzu, so dass dann eine weitere Belastung von schätzungsweise 60 Md zu erwarten sein wird; aus dieser wahrwitzigen Forderung ergibt sich, dass durch die Rüstungsausgaben Währung und Wirtschaft in Gefahr geraten werden.

Der Haushalt 1957 ist in bezug auf die Erfüllung von Ausgaben, die auf dem Gebiete des Schul- und Hochschulwesens zugleich auch kulturpolitisch wie auch wirtschaftspolitisch auf die Dauer von ausschlaggebender Bedeutung sind, ein Haushalt des Versagens. Er ist es auch im Hinblick auf das Strassenbauprogramm und im Hinblick auf die Bereitstellung dringend erforderlicher Mittel zugunsten der Länder und der Gemeinden. Wenn Wissenschaft und Forschung, wenn die deutschen Strassen und wenn die tragende Grundlage der Existenz der Bundesrepublik, die Gemeinden und die Länder, nicht in eine unmögliche Lage kommen sollen, dann muß die Bundesregierung und wissen die sie tragenden Parteien den Mut haben, dort Mittel frei zu machen, wo sie ohne Schaden für die Allgemeinheit frei gemacht werden können - beim Wehrhaushalt -. Die CDU/CSU besitzt im Bundestag allein die Mehrheit. Ihr fällt die ganze Verantwortung bei der Gestaltung des Haushaltsplans 1958 zu. An der positiven Mitarbeit der Sozialdemokraten wird es nicht fehlen. Die Frage ist, ob die Regierungsmehrheit die im Interesse des Volksganzen erforderliche Einsicht haben wird.

Krach um den Bürgermeister von Neapel

F.E.Rom

In der italienischen Deputiertenkammer gab es dieser Tage eine stürmische Auseinandersetzung über die Amtsführung des Bürgermeisters von Neapel, des durch seine Selbstherrlichkeit bekannten monarchistischen Grossreeders Achille Lauro. Innenminister Tambroni benützte einige an die Regierung gerichtete parlamentarische Anfragen zu einer Stellungnahme gegenüber der Gemeindeverwaltung von Neapel, die an Schärfe und Eindeutigkeit wahrlich nichts zu wünschen übrigliess.

Die ausserordentlich ernste Finanzlage Neapels, gekennzeichnet durch ein erschreckendes Anwachsen des Haushaltsdefizits, so erklärte der Minister, habe schon vor einiger Zeit die Aufmerksamkeit der staatlichen Kontrollorgane auf sich gelenkt und zur Einsetzung einer Untersuchungskommission geführt. Bis dahin habe sich die Gemeindeverwaltung nämlich überhaupt nicht um die Warnungen der zuständigen Finanzkommission gekümmert und bedenkenlos Riesenbeträge auch für nicht wesentliche Zwecke aufgewendet. Da auf der anderen Seite die Vermehrung der Einnahmen nicht mit dem gleichen Eifer betrieben wurde, ergab sich ein Haushaltsvoranschlag mit dem enormen Fehlbetrag von rund 33 Milliarden Lire.

"Es ist undenkbar", sagte der Minister mit grosser Schärfe, "dass der Staat die Pflicht haben sollte, der Gemeinde Geldmittel zuzuschieszen, ohne dass diese ihrerseits den rechtmässigen Gebrauch dieser Mittel gewährleistet. Dies aber ist in letzter Zeit in Neapel systematisch unterlassen worden".

Die ordentlichen Einnahmen Neapels in der Höhe von 12 Milliarden reichen nicht einmal aus, die Aufwendungen für das Gemeindepersonal zu decken, das unter der Ära Lauro mit 14.000 Angestellten das Doppelte eines normalen Personalstandes erreicht hat. Der Innenminister sprach in diesem Zusammenhang von einer "Inflation der Zuwendungen" an die Gemeindefunktionäre, deren Rechtmässigkeit höchst zweifelhaft sei. Eine untragbare Last ergebe sich aus der Unmenge von Unterstützungszahlungen, die "nach völlig regelwidrigen Verfahrensweisen" geleistet worden seien. Hingegen nehme sich in den Spitälern niemand die Mühe, die Summen festzustellen und einzutreiben, die von wohlhabenden Personen für

geleistete ärztliche Hilfe bezahlt werden sollten.

Schliesslich kam der Innenminister auch auf die seltsamen Zustände zu sprechen, die sich bei der Überprüfung der Wählerlisten und Standesamtsregister in Neapel ergeben haben. "Es besteht Grund zu der Annahme", meinte er, "dass mindestens ein Zehntel der in die Wählerlisten eingetragenen Personen gar nicht wahlberechtigt ist".

Natürlich haben die Ausführungen des Innenministers in Neapel wie eine Bombe eingeschlagen. Lauro und seine Mitarbeiter bemühen sich einstweilen, die Anklagen Tambronis als unwahr und als das Ergebnis einer politischen Hetzkampagne hinzustellen. Lauro selbst erklärte wörtlich: "Die Anschuldigungen Tambronis sind unzutreffend und unhaltbar, und ich beabsichtige, sie in der nächsten Sitzung des Gemeinderates Punkt für Punkt zu widerlegen. Die Wahrheit erhellt aus den grossartigen von uns vollbrachten Leistungen, die das Gesicht und die Seele dieser edlen Stadt von Grund auf verändert haben".

So fraglich es auch scheint, ob Lauro es wirklich fertigbringen wird, die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen "Punkt für Punkt" zu widerlegen, so ist es andererseits auch zweifelhaft, ob diese Enthüllungen, die überall sonst auf der Welt zum sofortigen Rücktritt des Bürgermeisters und seiner Mitarbeiter führen müsste, in Neapel diese Wirkung haben werden.

Denn Neapel hat noch kaum jemals in seiner Geschichte das gekannt, was man nach parlamentarisch-demokratischen Prinzipien eine "geordnete Verwaltung" nennen würde. In dieser Stadt, in der Hunderttausende Menschen ohne festen Broterwerb von irgendwelchen Gelegenheitseinkünften leben müssen, fasziniert ein Mann wie Lauro die Massen gerade durch seine orientalisches-despotische Art, kontrollos nach Lust und Laune Geld unter die Leute zu verstreuen. Es bleibt also abzuwarten, ob ihm die Enthüllungen über die Unregelmässigkeiten seiner Verwaltung bei den nächsten Wahlen wirklich sonderlich schaden werden.

Die Antwort steht noch aus

na- Die Beratungen über den Entwurf für ein neues Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend gehören leider zu den Fragen, die der alte Bundestag vor seiner Auflösung nicht mehr lösen konnte, obwohl - schon wegen des Gesundheitszustandes unserer arbeitenden Jugend - die Reform des Jugendarbeiterschutzes zu den dringlichsten Aufgaben des Gesetzgebers gehören sollte. Wie erinnerlich, ist es in der Vergangenheit wiederholt Vorstösse und Initiativen zur Reform der unzulänglichen noch aus dem Jahre 1958 stammenden Bestimmungen gegeben. Seinerzeitige Zusagen des damals verantwortlichen Bundesarbeitsministers Storch wurden nicht erfüllt. Dies dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass die Bundesregierung sich nur zögernd zur Reformarbeit entschliessen konnte und hierdurch den Absichten der prinzipiellen Gegner einer fortschrittlichen Regelung entgegenkam.

Umso grösser war daher die Genugtuung in weiten Kreisen der mit der Jugendarbeit vertrauten Fachleute über die Vorlage eines Jugendarbeiterschutz-Gesetzes durch die SPD im Juni 1956. Die Beratung des Entwurfs wurde aber "bis zur Vorlage eines entsprechenden Regierungs-Entwurfs" durch die CDU/CSU-Mehrheit des Bundestages vertagt. Als schliesslich im März 1957 der Regierungsentwurf dem Parlament zugeleitet wurde, war keine ausreichende Zeit für eine eingehende Beratung mehr gegeben. Die Tatsache, dass die SPD ihren Entwurf unmittelbar nach dem Zusammentritt des neuen Bundestages erneut eintrachte, ist als Zeichen für den Willen dieser Partei zu werten, dem Jugendarbeiterschutz besondere Beachtung zukommen zu lassen.

Am 12. Dezember hat der Deutsche Bundestag diesen Entwurf nach einer kurzen Aussprache den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Bedauerlich war hierbei, dass die Sprecher der CDU/CSU wiederum argumentierten, man solle mit der weiteren Beratung erst beginnen, wenn "der entsprechende Regierungs-Entwurf" vorliege. Will man wieder das alte Spiel von vorne beginnen? Erinnert sei an die feierlichen Zusagen, die der arbeitenden Jugend zuletzt noch auf der Bundesjugendtagung des DGB im April dieses Jahres von den Vertretern der CDU/CSU gemacht worden waren. Die Antwort der CDU/CSU auf die Frage unserer Jugend "wann endlich Jugendarbeiterschutz?" steht also noch aus.

Was ist los in Bonn ?

Von den vielen Zuschriften, die uns gerade in diesen Tagen erreichen, veröffentlichen wir die eines Schwerkriegsbeschädigten. Sie spricht für viele. Sie zeigt, wie stark die Menschen durch die Pläne der Bundesregierung bewegt sind, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszustatten und die Errichtung von Abschussbasen für mittlere Raketen zuzulassen.

Sehr geehrte Herren !

Was ist los in Bonn? So muss heute die Frage lauten. Kann es stimmen, dass Bundeskanzler Dr. Adenauer den amerikanischen Raketenstützpunkt auf dem Gebiet der Bundesrepublik versprochen hat? Lesen Sie einmal bitte die Ausgabe der Bild-Zeitung vom 11.12.1957, Artikel auf der Innenseite unter der Überschrift: "Worauf wartet der Bundeskanzler - Scharfe Worte in London".

Ich glaube, dass es niemand in der Bundesrepublik geben wird, der es angesichts der zwei militärischen Machtblöcke wünschen könnte, dass Raketenbasen in Deutschland aufgebaut werden. Das würde uns doch im Ernstfalle zum allerersten Angriffszentrum der Sowjets machen. Warum kann die Bundesregierung nicht den Beispielen der NATO-Mitglieder Dänemark und Norwegen folgen, Raketenbasen auf ihrem Gebiet nicht zuzulassen? Diese Länder haben auch das NATO-Statut unterschrieben. Rein geographisch gesehen bietet sich hier doch eine Möglichkeit, in Europa eine raketen- und atomfreie Zone zu schaffen. Da dürfte doch nur noch Italien mit einbezogen werden. Österreich darf das aufgrund der Verträge mit der Sowjetunion sowieso nicht, Atomwaffen zu halten.

Wir Deutschen sollten uns doch wahrhaftig aus dem gewaltigen Machtringen der Grossmächte herauslösen und unsere ganzen Kräfte zum Aufbau der Bundesrepublik einsetzen. Es sollte doch Aufgabe aller Politiker sein, eine militärische Bedrohung von den Bürgern abzuwenden. Ich wünsche und hoffe, dass die SPD-Politiker alles tun werden was in ihrer Macht steht, um eventuelle Atomwaffenpläne der Bundesregierung zu verhindern.

Ich bin Schwerkriegsbeschädigter mit einer MdE von 80%. Arbeite als Verwaltungsangestellter, bin verheiratet, 32 Jahre alt. Bin kein Parteimitglied.

gez.: Unterschrift

+ + +

Verantwortlich: Günter Markschaffel

SPD-Pressedienst
P/XII/286

14. Dezember 1957

A n h a n g

K o m m u n i q u é
von der Sitzung des Parteivorstandes der SPD
am 13.12.1957

Die Sitzung des Parteivorstandes der SPD am 13. Dezember 1957, die unter Vorsitz von Erich Ollenbauer stattfand, war der Erörterung einer Reihe organisatorischer und politischer Fragen gewidmet, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Bundesparteitages 1958 stehen.

Einen ausführlichen Bericht gab Parteivorstandsmitglied Alfred Nau über seinen sechswöchentlichen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten, wo er Verhandlungen mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens über eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Studienförderung mit Erfolg geführt hat. Vorstandsmitglied Herta Gotthelf erläuterte eine Analyse der Wahlergebnisse vom 15. September unter Berücksichtigung der politischen Entscheidung der Wählerinnen, während Vorstandsmitglied Willi Eichler über die Arbeiten des Kulturpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand berichtete.

Anstelle des in den Bundestag gewählten Chefredakteurs des "Vorwärts", Alfred Falder, berief der Parteivorstand den Bonner Journalisten Horst Flüge.

+ + +